

Deutscher Bundestag

Stenografischer Bericht

135. Sitzung

Berlin, Donnerstag, den 28. Oktober 2004

Inhalt:

Tagesordnungspunkt 10:

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wirtschaft und Arbeit zu dem Antrag der Abgeordneten Rainer Funke, Dr. Werner Hoyer, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP: **Gegen eine Aufhebung des EU-Waffenembargos gegenüber der Volksrepublik China** (Drucksachen 15/2169, 15/4047)

12393 A

in Verbindung mit

Zusatztagesordnungspunkt 3:

Antrag der Fraktionen der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN: **EU-Waffenembargo gegenüber der Volksrepublik China** (Drucksache 15/4035)

12393 A

Christian Müller (Zittau) (SPD)

12393 F

Dr. Hans-Peter Uhl (CDU/CSU)

12394 A

Dr. Ludger Volmer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

12395 A

Dr. Klaus Rose (CDU/CSU)

12395 E

Dr. Werner Hoyer (FDP)

12396 E

Uta Zapf (SPD)

12397 C

Dr. Michael Fuchs (CDU/CSU)

12398 E

Dr. Ludger Volmer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

12399 E

(A)

...

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer:

...

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 10 sowie den Zusatzpunkt 3 auf:

10 Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Ausschusses für Wirtschaft und Arbeit (9. Ausschuss) zu dem Antrag der Abgeordneten Rainer Funke, Dr. Werner Hoyer, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP

Gegen eine Aufhebung des EU-Waffenembargos gegenüber der Volksrepublik China

– Drucksachen 15/2169, 15/4047 –

Berichterstattung:
Abgeordneter Dr. Michael Fuchs

ZP 3 Beratung des Antrags der Fraktionen der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN

EU-Waffenembargo gegenüber der Volksrepublik China

– Drucksache 15/4035 –

(B)

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung ist für die Aussprache eine halbe Stunde vorgesehen. – Ich höre keinen Widerspruch. Dann ist es so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat zunächst der Abgeordnete Christian Müller.

Christian Müller (Zittau) (SPD):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich will vorausschicken: Die Ereignisse von Peking vom 4. Juni 1989, die letztendlich zu dem bekannten Embargo führten, waren natürlich auch für unsere ostdeutsche Demokratiebewegung besonders im Herbst 1989 ziemlich bedeutsam. Aber nicht nur deshalb war die Verhängung eines Waffenembargos in der Folge des EU-Ratsbeschlusses vom 26./27. Juni 1989 eine notwendige Reaktion. Es gab in dieser Zeit vor 15 Jahren Tage, an denen zu befürchten war, interessierte Kreise könnten auch in der im Aufbruch befindlichen DDR eine Art chinesische Lösung bevorzugen. Aber das ist eine andere Geschichte.

15 Jahre danach ist es sicher angemessen, dass die Maßnahme gegenüber China in der Europäischen Union einer **Überprüfung**

unterzogen wird; denn China befindet sich seit einiger Zeit in einem tief greifenden Prozess der wirtschaftlichen Umgestaltung und bestimmt auch in einem gesellschaftlichen Veränderungsprozess, bei dem ebenfalls Anzeichen für politische Reformen sichtbar sind. Inwiefern dies zu einer durchgreifend verbesserten Menschenrechtssituation führt oder bereits geführt hat, muss beurteilt und an den in Europa gültigen Kriterien gemessen werden, die unter anderem im EU-Verhaltenskodex festgehalten werden. Die Situation ethnischer Minderheiten oder die politischen Verhaltensmuster im Umgang mit Taiwan sind darin eingeschlossen. (C)

Daher ist unsere Aufforderung an die Bundesregierung, nachlesbar im vorliegenden Antrag der Koalition, die Aufhebung des Embargos an Fortschritten in diesen Bereichen und bei der friedlichen Konfliktbewältigung zu messen, der richtige Weg. Dies gilt ebenso für die Fortentwicklung des EU-Verhaltenskodex, der durchaus vergleichbar restriktive Maßstäbe für Waffenexporte setzt.

Allerdings darf bei dieser gesamten Diskussion nicht übersehen werden, dass die Aufhebung des Embargos ohnehin nur in der Folge eines **einstimmigen Beschlusses** aller EU-Mitgliedstaaten erfolgen kann. Dies wird derzeit in und zwischen den Ländern erörtert, wobei das Ergebnis noch offen ist. Daher hat es wenig Sinn, diesen Prozess zu sehr auf einer politisch-spekulativen Ebene auszuloten. (D)

In diesem Zusammenhang will ich jedoch deutlich unterstreichen: Die eventuelle Aufhebung des Waffenembargos würde in der Bundesrepublik keineswegs dazu führen, dass automatisch jede Lieferung von Rüstungsgütern oder Waffen in die Volksrepublik China genehmigungsfähig wäre. Dieses zum Teil auch öffentliche Missverständnis will ich hiermit eindeutig ausräumen. Alle Bestimmungen des **EU-Verhaltenskodex** – auch in einer weiterentwickelten Qualität – und die politischen Grundsätze der Bundesregierung für die Genehmigung derartiger Exporte gelten selbstverständlich, ob mit oder ohne Embargo. Daher gibt es auch keinen in Antragsform auszudrückenden Zweifel daran, dass sich die Bundesregierung etwa nicht an diese Grundsätze und die geltenden gesetzlichen Bestimmungen halten würde.

Übrigens sind die politischen Grundsätze jederzeit nachlesbar. Mit ihnen wird das von uns allen als vernünftig erkannte Ziel verfolgt, den Frieden zu sichern, Konflikten möglichst im Ansatz vorzubeugen und zu verhindern, dass aus Deutschland stammende Waffen etwa im Zusammenhang mit Menschenrechtsverletzungen angewendet werden.

- (A) Ich weise also nochmals darauf hin: Die Ausfuhr von Waffen und Rüstungsgütern unterliegt nach den geltenden gesetzlichen Ausfuhrbestimmungen des Kriegswaffenkontrollgesetzes und des Außenwirtschaftsgesetzes generell einem umfassenden Genehmigungsvorbehalt. Dabei wird besonders hinsichtlich der Lieferung von Rüstungsgütern an Drittländer, also an Länder jenseits von EU und NATO und an gleichgestellte Länder wie Australien, Japan, Neuseeland oder die Schweiz, eine restriktive Genehmigungspolitik verfolgt. Also würden auch im irgendwann eintretenden Fall der Aufhebung des Embargos eventuelle Exportgenehmigungsanträge deutscher Rüstungsunternehmen unter strenger Beachtung dieser gesetzlichen und politischen Bestimmungen und Richtlinien geprüft und entschieden.

Ausfuhrvorhaben, deren Relevanz in Menschenrechtsfragen bedeutsam wäre oder die das militärische Kräfteverhältnis zwischen der Volksrepublik China und Taiwan berührten, würden folglich besonders sorgfältig geprüft werden. Gegebenenfalls wäre dies auf der Ebene des Bundessicherheitsrates zu entscheiden.

Über den vorliegenden Antrag der FDP-Fraktion haben wir bereits im Ausschuss entschieden; wir haben ihn abgelehnt. Wir haben heute einen eigenen Antrag eingebracht und werden diesen im Zuge der weiteren parlamentarischen Behandlung durchbringen.

- (B)

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer:

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Hans-Peter Uhl.

Dr. Hans-Peter Uhl (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Im Jahre 1989 haben sich die Staaten der heutigen Europäischen Union auf ein striktes Waffenembargo gegenüber China verständigt. Jetzt scheint ausgerechnet die rot-grüne Bundesregierung entschlossen zu sein, dieses Waffenembargo auf europäischer Ebene anzutasten. **Bundeskanzler Schröder** hat im Dezember vergangenen Jahres bei seinem Staatsbesuch in China sogar offen erklärt, er trete für eine Aufhebung dieses Embargos ein. Dieses Embargo sei ein „Relikt des Kalten Krieges“ und heute „nicht mehr zu rechtfertigen“. China habe sich die Aufhebung „verdient“.

Dies ist wirklich verwunderlich, zumal es zuvor keinerlei erkennbare Abstimmung mit den Partnern der Europäischen Union gegeben hat. An dieser Stelle erinnere ich nur an die schrillen Angriffe, die hochmoralische Politiker von Rot-Grün auf Bundeskanzler Kohl gerichtet haben, als dieser 1995 einen Staatsbesuch in China abhielt. Zum Protokoll gehörte damals auch ein Besuch bei einem Infanterieregiment. Angelika Beer warf ihm da-raufhin unter anderem vor, „zur Imagepflege einer Unterdrückungsarmee“ beigetragen zu haben. Auch kann ich Ihnen in Erinnerung rufen, wie sich der Oppositions-abgeordnete Joschka Fischer 1996 zu diesem Thema geäußert hat:

Wir werden eine friedliche Entwicklung Chinas nicht bekommen, wenn wir vor allen Dingen auf das Geschäft setzen. ... Deswegen müssen wir mit den Chinesen unnachgiebig über Menschenrechte, über tibetische Kultur und über den Schutz von Minderheiten in China sprechen. Wenn das Aufträge kostet, dann kostet es eben Aufträge.

So sprach 1996 der stramme Menschenrechtler Joschka Fischer. Zugegeben, es ist acht Jahre her. Wer will schon gern an Reden von vor acht Jahren erinnert werden, vor allem dann, wenn er solche Wandlungen durchgemacht hat, wie es bei Joschka Fischer der Fall ist?

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Uta Zapf [SPD]: Es gibt da auch andere!)

(D)

Meine Damen und Herren, nach einem zunächst peinlichen Schweigen im rot-grünen Lager in Bezug auf die Auftritte von Bundeskanzler Schröder im Dezember hat man sich jetzt wohl formiert. Einzelne Politiker von SPD und Grünen drohten sogar, dem FDP-Antrag zuzustimmen.

(Dr. Werner Hoyer [FDP]: Das haben sie im Auswärtigen Ausschuss auch getan!)

Um dieses Unglück in letzter Minute abzuwenden, haben nun die Koalitionsfraktionen gemeinsam einen Antrag zum selben Thema eingebracht. Die Überzeugungskraft dieses Antrags verfehlt jedoch möglicherweise ihre Wirkung auf die Bundesregierung; jedenfalls haben wir daran erhebliche Zweifel. Der Bundeskanzler ließ den **rot-grünen Antrag** nämlich über seinen Regierungssprecher Anda bereits kommentieren: Einerseits soll der Antrag in die Meinungsbildung der Regierung einfließen. Andererseits wird der Bundeskanzler jedoch bei seiner einmal geäußerten Meinung bleiben. Basta!

(A) (Dr. Friedbert Pflüger [CDU/CSU]: Hört! Hört! – Uta Zapf [SPD]: „Basta“ stammt von Ihnen!)

– Ich gebe zu, das Wort „basta“ stammt nicht von Anda, sondern von Schröder und wurde von mir in diesen Zusammenhang gestellt.

Das Verfallsdatum dieses Antrags ist vorhersehbar. Es wird mit dem 5. Dezember anzusetzen sein, denn dann wird Schröder erneut nach China reisen und wiederum die Aufhebung des Waffenembargos – in welcher Form auch immer – fordern. Dann wird er sich möglicherweise an diesen Antrag nicht mehr erinnern können.

(Dr. Friedbert Pflüger [CDU/CSU]: Wir waren damals bei Kohl mutiger, kann ich nur sagen!)

Doch lassen Sie mich kurz auf die Sache eingehen. In der Tat ist China eine Weltmacht, die auch in der Weltwirtschaft eine immer bedeutendere Rolle einnimmt und für Deutschland ein wichtiger Handelspartner ist. Wir sollten natürlich die Wirtschafts- und Wissenschaftskooperation mit China fortsetzen.

Wir sollten auch anerkennen, welche Entwicklung China durchgemacht hat. Auch sollten wir als Europäer mit einer gewissen Offenheit feststellen, dass es im Rahmen der universellen Menschenrechte verschiedene Wege zur Demokratie gibt und dass auch China seinen eigenen Weg dorthin finden muss.

(B)

Wir sollten uns aber davor hüten, mit ausgestrecktem Zeigefinger die chinesische Politik sozusagen auf dem Marktplatz an den Pranger zu stellen. Wir sollten also ganz klar sagen, dass wir in der Europäischen Union einen **Verhaltenskodex** zum Umgang mit Waffenexporten beschlossen haben, und hinzufügen, dass wir neben diesem europäischen Kodex auch eine nationale Regelung haben, die zu dem gleichen Ergebnis führt. Bei diesen beiden Entscheidungsparametern wollen wir bleiben.

Aus diesem Grunde passt es überhaupt nicht in die jetzige Zeit – in der die Taiwan-Frage wieder auf gefährliche Weise eskaliert –, durch Waffenexporte einen deutschen Beitrag zu leisten. Ich halte dies für falsch.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie des Abg. Dr. Werner Hoyer [FDP])

Ich meine, wir sollten bei unserer Linie bleiben. Wir sollten auch unter den europäischen Partnern keine falschen Signale aussenden und keinen falschen Wettlauf bei Rüstungsexporten nach China auslösen.

Wir meinen, dass der Antrag von SPD und Grünen durch seine bewusst weichen und

schwammigen Formulierungen eher irritiert. (C) Deswegen wollen wir diesen Antrag ablehnen. Wir müssen uns vor falschen Signalen hüten: gegenüber dem Bundeskanzler, gegenüber den europäischen Freunden, aber auch gegenüber China.

Als Helmut Kohl 1995 aus China zurückkam, sagte Rudolf Scharping – Sie erinnern sich an ihn –,

(Dr. Michael Fuchs [CDU/CSU]: Er ist selten hier!)

bei dem Truppenbesuch in China sei Kohl erneut zum „Meister der falschen Symbole“ geworden. Ich meine, wenn jemand zum „Meister der falschen Symbole“ geworden ist, dann ist es der amtierende Bundeskanzler mit seiner Äußerung zu Rüstungsexporten. Diese lehnen wir ab.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie des Abg. Dr. Werner Hoyer [FDP])

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer:

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Ludger Volmer.

(Dr. Friedbert Pflüger [CDU/CSU]: Jetzt sind wir aber gespannt, was für einen Slalom der Kollege Volmer fährt!)

Dr. Ludger Volmer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! (D) Der Anlass für das EU-Waffenembargo war das Massaker auf dem Platz des Himmlischen Friedens.

(Dr. Michael Fuchs [CDU/CSU]: Tiananmen!)

Das ist lange Zeit her, aber damit nicht vorbei. Man kann keinen Schlusstrich ziehen. Wir sind auch nicht der Meinung, dass Argumente, wie man sie manchmal aus China hört, nämlich dass die Angelegenheit verjährt sei, akzeptabel sind.

Dennoch muss es erlaubt sein, hin und wieder zu überprüfen, ob dieses Embargo noch Sinn macht. Die heutige Führung in China zumindest trägt keine unmittelbare Verantwortung mehr für das Massaker vor 15 Jahren. Aber sie trägt Verantwortung dafür, dass China ab sofort und in aller Zukunft eine demokratische Entwicklung nimmt, die die Menschenrechte berücksichtigt.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Wenn man die chinesische Führung mit dieser Frage der Menschenrechte konfrontiert, hält sie sofort umfangreiche Referate darüber, dass sie es geschafft hat, die **sozialen Menschenrechte** zu erfüllen, und zwar vielleicht besser als so manches andere Land. Dieses Argument kann

- (A) man nicht ohne weiteres von der Hand weisen. Man muss anerkennen, dass China es geschafft hat, ein Sechstel der Weltbevölkerung aus dem absoluten Elend, aus der absoluten Armut herauszuführen und dem größten Teil dieses Riesenvolkes zumindest das Existenzminimum zu sichern. Das ist eine Erfüllung von sozialen Menschenrechtsstandards. Das muss man einmal anerkennend aussprechen.

Allerdings kann man sich mit der Erfüllung der sozialen Menschenrechte nicht dafür entschuldigen, dass es immer noch massive Defizite bei den politischen Menschenrechten gibt. Auch in unserem Sicherheitsinteresse sagen wir: Wir haben großes Interesse daran, dass China, das wirtschaftlich immer stärker wachsen und in der globalen Politik eine immer größere Rolle spielen wird, auch immer demokratischer wird. Nur dann kann es für uns langfristig ein Partner sein, mit dem gemeinsam wir nicht nur Handel treiben, sondern auch versuchen, globale und regionale Probleme zu lösen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der CDU/CSU sowie des Abg. Dr. Werner Hoyer [FDP])

- (B) In diesem Sinne ist es nicht besserwisserisch, sondern einfach der Ausdruck unseres eigenen Interesses, dass wir einen intensiven Dialog über die Menschenrechtsfragen mit China begonnen haben. Wir begrüßen und möchten daran erinnern, dass es die rot-grüne Bundesregierung war, die den Rechtsstaatsdialog mit China aufgenommen hat, einen Dialog, der viele positive Ergebnisse gebracht hat.

(Beifall der Abg. Uta Zapf [SPD])

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer:

Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Rose?

Dr. Ludger Volmer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Immer.

Dr. Klaus Rose (CDU/CSU):

Herr Kollege, da Sie gerade von der – von uns sehr gewünschten – demokratischen Entwicklung in China gesprochen haben: Bezeichnen auch Sie es als unverständlich bzw. als unter Demokraten sogar nicht akzeptabel, dass an der Südküste des chinesischen Festlandes 600 Raketen gegen Taiwan – zweifellos ein friedlicher Nachbar, denn Taiwan greift nicht an – gerichtet sind? Im Sinne der von uns vertretenen Ein-China-Politik müssen wir konstatieren, dass diese Raketen sogar gegen

ein eigenes Land gerichtet sind. Wie stellen Sie sich dazu, dass man dort eine solche Drohkulisse aufbaut? (C)

Dr. Ludger Volmer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Lieber Herr Rose, genau darum geht es in der Schlusspassage meiner Rede. Ich möchte Sie bitten, sich noch etwas zu gedulden. Ich bin mir sicher, wir sind uns in der Frage völlig einig.

(Dr. Klaus Rose [CDU/CSU]: Ich würde sogar stehen bleiben, dann können Sie diese Passage ohne Anrechnung auf die Redezeit halten!)

– Gut, nehmen wir die Taiwan-Frage vorweg.

Wir haben in unserem Antrag deutlich gemacht: Bevor es zu einer Aufhebung aller Restriktionen und zu einer völligen Normalisierung der Beziehungen kommen kann, müssen mehrere Kriterien erfüllt sein, und zwar auch auf europäischer Ebene, nicht nur auf der Ebene der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik. Ein wesentliches Kriterium ist die **Taiwan-Frage**.

Erinnern wir uns zurück an die Zeit vor dem 11. September 2001: Im ersten Jahr der Amtszeit von Präsident Bush – ich will das jetzt aber nicht Präsident Bush zuschreiben – hatten wir hier öfters Debatten über sich steigernde transpazifische Dispute. Wir alle hatten Angst, dass diese Dispute zu einem massiven Konflikt eskalieren könnten. Im Zentrum der Dispute stand die Taiwan Frage. Von daher ist es auch in unserem Sicherheitsinteresse, dass keine Waffen an China geliefert werden, erstens damit der transpazifische Konflikt nicht eskaliert und zweitens damit wir uns nicht durch europäische Waffenlieferungen in eine Gegend, die möglicherweise wieder spannungsgeladen sein könnte, in einen Interessengegensatz zu unserem Partner und NATO-Freund USA begeben. Das ist für uns ein ganz wesentlicher Punkt, den wir auch in unserem Antrag so formuliert haben. (D)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie des Abg. Dr. Friedbert Pflüger [CDU/CSU] – Dr. Klaus Rose [CDU/CSU]: Für diese Aussage bin ich gerne stehen geblieben!)

– Ich glaube, in diesem Punkt sind wir uns auch einig.

Ich hoffe, wir sind uns auch in den anderen Punkten einig. Kollege Müller hat schon darauf hingewiesen, dass wir jetzt natürlich nicht einen riesigen Katalog von Einzelforderungen, die wir an die chinesische Politik stellen, zur Voraussetzung für eine Normalisierung machen können. Es gibt viele Punkte, die uns nach wie

- (A) vor Sorgen machen: die extensive Anwendung der Todesstrafe, die Lagerhaft, die Administrativhaft, das Fehlen von Parteiendemokratie. Was wir aber von der chinesischen Seite fordern können, ist, dass endlich der **VN-Pakt** für die politischen und bürgerlichen Rechte gezeichnet und ratifiziert wird. Vor allen Dingen dies steht aus. Darüber werden wir mit der chinesischen Seite noch reden wollen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Genauso werden wir mit der chinesischen Seite noch darüber reden wollen, dass die weit reichenden Verfassungsänderungen, die vorgenommen worden sind und die wir sehr begrüßen, auch in **Verwaltungshandeln** umgesetzt werden. Das betrifft etwa die Einführung demokratischer Strukturen und des Privateigentums.

Der dritte wesentliche Prüfungspunkt ist der Umgang mit den ethnischen und regionalen **Minderheiten** in China selber. Die Stichworte kennen Sie: Tibet, Xinjiang. Es muss darauf hingewirkt werden, dass diese Ethnien, dass diese Völker ein Großmaß an substantieller Autonomie bekommen. Modernisierungsstrategien, die von Peking aus dort vorangetrieben werden, mögen, was die Infrastruktur usw. angeht, ihren Sinn machen; wenn diese Strategien aber dazu führen, dass diese traditionellen Kulturen, die mit zum Beeindruckendsten gehören, was die Menschheit auf diesem Globus im Moment zu bieten hat, beeinträchtigt werden oder verschwinden sollten, dann wäre das ein enormer Schaden. Davor wollen wir China – das eine China, das wir als Einheitsstaat akzeptieren – bewahren.

(B)

Deshalb lautet unser Plädoyer, dass die Überprüfung, ob das Waffenembargo noch Bestand haben kann, auf europäischer Ebene vorgenommen werden muss. Wir hoffen, dass dieser Überprüfungsprozess in einen für alle EU-Mitgliedstaaten verbindlichen Kodex einmündet, was Waffenexporte im Allgemeinen und Waffenexporte nach China im Speziellen angeht. Die zu prüfenden Punkte, die in unserem Antrag enthalten sind, wollen wir auf der Ebene der Europäischen Union als Essentials unserer Politik deutlich machen.

Für uns Grüne und, wie ich denke, auch für viele andere ist völlig klar: Wenn man die vier Kriterien, über die wir gerade diskutiert haben, zugrunde legt, dann kommen Waffenexporte an China im Moment nicht infrage.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU – Dr.

- Friedbert Pflüger [CDU/ CSU]: Das muss jetzt nur noch beim Bundeskanzler durchgesetzt werden!) (C)

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer:

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Werner Hoyer.

Dr. Werner Hoyer (FDP):

Herzlichen Dank. – Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich finde, heute ist ein guter Tag für das Parlament. Gestern hat das Europäische Parlament deutlich gemacht, dass es nicht die Absicht hat, als Tiger zu starten und als Bettvorleger zu landen. Heute zeigt der Deutsche Bundestag Flagge. Das ist für manche sicherlich schmerzhaft; das anerkenne ich. Aber es ist deutlich geworden, dass der Bundeskanzler für seine Waffenexportpolitik und für seine Menschenrechtspolitik gegenüber China im Deutschen Bundestag keine Mehrheit hat. Ich finde, das ist ein großer Fortschritt.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU – Zuruf von der CDU/CSU: Das zeigt auch sein Parlamentsverständnis!)

Ich weiß, dass es für Abgeordnete der Koalition sehr heikel ist, in einer so wichtigen Frage eine andere Position als die Regierung einzunehmen. Davor habe ich Respekt.

- Dieser Vorgang hat einen **Vorlauf**, an den zu erinnern ist. Der Bundeskanzler hatte seine Ankündigung vor gut einem Jahr in China gemacht, und zwar zum großen Erstaunen und zur Verärgerung vieler Kolleginnen und Kollegen hier im Hause wie auch von Regierungschefs in der Europäischen Union. Das Europäische Parlament hat dann noch im Dezember 2003 klar Position bezogen und die Forderung des Bundeskanzlers abgelehnt. Die FDP-Fraktion hat im Dezember 2003 einen Antrag in den Deutschen Bundestag eingebracht, in dem sie sich aufgrund der Punkte, die hier schon genannt worden sind, gegen eine Aufhebung des Waffenembargos gegenüber China ausgesprochen hat. (D)

Dieser Antrag ist dann in den mitberatenden Ausschüssen behandelt worden. Er hat im Ausschuss für Menschenrechte und im Auswärtigen Ausschuss – mit den Stimmen einer Reihe von Kolleginnen und Kollegen der Koalition – eine Mehrheit bekommen. Dass er dann im Wirtschaftsausschuss, der federführend war, nicht aufgerufen und dass seine Behandlung immer wieder verschleppt worden ist, hatte natürlich gute Gründe. Deswegen haben wir die Möglichkeiten der Geschäftsordnung bemühen müssen, um diese Debatte heute hier stattfinden zu lassen. Ich freue mich,

- (A) dass die Abgeordneten der Koalition daraufhin einen Ausweg gefunden haben.

Natürlich bleiben wir bei unserem Antrag; denn er ist klarer und präziser.

(Ute Kumpf [SPD]: Wir sehen das anders! – Dr. Michael Fuchs [CDU/CSU]: Eindeutig!)

Deshalb werden wir uns bei der Abstimmung über den Antrag der Koalition enthalten. Aber als im Plenum die Blamage für die Koalition drohte, haben die Kollegen aus den Koalitionsfraktionen ihre Linie, die sie in Menschenrechtsfragen immer geradezu wie eine Monstranz vor sich hergetragen haben, beibehalten. Das anerkenne ich.

Meine Damen und Herren, im Antrag der Koalitionsfraktionen werden, ebenso wie auch im Antrag der FDP, die **Kriterien** genannt, von deren Erfüllung man die Aufhebung des Embargos abhängig machen müsste. Das gilt übrigens für eine europäische Betrachtung genauso wie für eine nationale Bewertung dessen, was der Bundeskanzler im Europäischen Rat zu tun gedenkt. Es geht also um die Menschenrechtslage und um die Minderheiten in China, um die Lage in und um Tibet und um die Frage der Konfliktschärfung an der Straße von Taiwan. Ich denke, wir sind uns einig, dass gegenwärtig keines dieser Kriterien erfüllt ist und dass eine Aufhebung des Waffenembargos gegenüber China daher nicht infrage kommt.

- (B) Waffenembargos gegenüber China daher nicht infrage kommt.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Ich schließe mit einem Zitat. Kollege Uhl hat ja bereits ein hinreißendes Zitat genannt. In derselben Debatte ist gesagt worden:

Sie müssen sich vorwerfen lassen, daß die Bundesregierung beim Besuch des Bundeskanzlers in China, im Umgang mit der chinesischen Führung den Eindruck erweckt hat, daß sie zwar an den Prinzipien der Menschenrechte festhält, daß sie diese aber im Zusammenhang mit der Geschäftsentwicklung zwischen der Bundesrepublik Deutschland und China weit in den Hintergrund rückt.

So äußerte sich der jetzige Außenminister Joseph Fischer in der diesbezüglichen Debatte im Jahr 1996.

(Jörg Tauss [SPD]: Damals hat es gestimmt!)

Das war damals ziemlich daneben. Aber heute ist das, wie ich glaube, sehr passend.

Danke schön.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer:
Das Wort hat jetzt die Kollegin Uta Zapf. (C)

Uta Zapf (SPD):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Ich muss erst einmal Herrn Hoyer an zwei Stellen berichtigen: Erstens. Sie haben gesagt, Bundeskanzler Schröder habe für seine Menschenrechtspolitik keine Mehrheit bei der Koalition.

(Dr. Werner Hoyer [FDP]: Im ganzen Hause!)

Das ist schlicht und ergreifend nicht richtig. Hier ist schon mehrfach zitiert worden, dass der Menschenrechtsdialog zum Rechtsdialog hinzugekommen ist, also hören Sie mit dieser Argumentation auf! Dass es andere Konflikte in der Frage der genauen, differenzierten Einschätzung des EU-Waffenembargos gegenüber China geben mag, hat sich ja erwiesen. Nur glaube ich, dass man nicht so dramatisieren und von einem Konflikt sprechen sollte: Wir führen einen ernst zu nehmenden Diskurs über Fragen, bei denen wir ein großes Maß an Einigkeit haben. Ich werde nachher noch auf ein paar Punkte kommen, bei denen Sie sich doppelbödig verhalten haben.

Außerdem ist Ihr Antrag nicht besser und das werde ich jetzt gleich am Anfang begründen. (D)

(Dr. Werner Hoyer [FDP]: Sie haben ihm doch im Auswärtigen Ausschuss zugestimmt!)

– Ich habe ihm im Ausschuss zugestimmt.

(Gudrun Kopp [FDP]: Aha!)

– Das ist doch ein offenes Geheimnis, ich bitte Sie!

Trotzdem ist Ihr Antrag nicht besser. Unser Antrag ist differenzierter; die Kriterien sind sehr viel konkreter aufgeführt. Das äußert sich nicht etwa in vorangestellter Lyrik, sondern findet seinen Niederschlag auch hinten bei den Forderungen.

Was ich an Ihrem Antrag bemerkenswert finde, ist, dass Sie die Bundesregierung auffordern,

das EU-Waffenembargo gegenüber der Volksrepublik China als verbindlich zu betrachten, keine Alleingänge vorzunehmen und nur im Einvernehmen mit den anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union in dieser Frage zu handeln.

(Dr. Werner Hoyer [FDP]: Das Einvernehmen ist doch nicht da!)

- (A) Dieser Satz ist eigentlich eine Frechheit, lieber Herr Hoyer, und das müssten Sie wissen. Schließlich waren Sie einmal an verantwortlicher Stelle im Ministerium tätig und wissen sehr wohl, dass EU-Ratsbeschlüsse für alle so lange bindend sind, bis sie wieder einstimmig aufgehoben werden. Antworten dieses Inhalts sind in Fragestunden hier im Plenum mindestens fünfmal wiederholt worden. Sie haben es nicht akzeptieren wollen. Jetzt scheint darüber möglicherweise Konsens zu herrschen; wir haben es ja oft genug gesagt.

Natürlich ist es richtig, dass China eine Großmacht ist und ein sich stürmisch entwickelndes Land, gerade in wirtschaftlicher Hinsicht, ein Land, das sich öffnet und Reformen einleitet, ein Land, um das sich nicht nur Bundeskanzler Schröder – aus gutem Grund – bemüht, sondern um das sich auch frühere Bundeskanzler bemüht haben. Wir führen seit 1998 einen Rechtsstaatsdialog, der jetzt um einen **Menschenrechtsdialog** erweitert worden ist. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist doch kein Pipifax, sondern das ist ein großer Schritt nach vorne, wenn man die Bemühungen anderer – in der Vergangenheit – um Menschenrechte betrachtet.

(Beifall des Abg. Dr. Ludger Volmer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- (B) – Ja, da kann man ruhig einmal klatschen, eine solche Ermunterung ist ja immer ganz nett.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

China ist ein politischer Faktor in der internationalen Politik und China öffnet sich auch hier. Ich finde, auch das muss einmal bemerkt werden: China ist nicht mehr nur das Land mit der Großen Mauer, sondern China nimmt beispielsweise zum ersten Mal an internationalen Missionen der UNO teil und beteiligt sich an der Gestaltung im Rahmen des UNO-Sicherheitsrates. Wir bemühen uns um dieses Land, um es in seiner demokratischen Entwicklung zu unterstützen. Wir bemühen uns um dieses Land natürlich auch, weil es ein wichtiger Wirtschaftspartner ist. Wenn der Kanzler das nicht täte, dann würde er diese Kritik verdienen. Aber einen potenziell guten Wirtschaftspartner wird man ja wohl pflegen dürfen!

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ich sage noch etwas dazu, was ich mit „Doppelbödigkeit“ meine: Herr Ramsauer von der CSU

(Eckart von Klaeden [CDU/CSU]: Guter Mann!)

hat in der Aktuellen Stunde zum Verkauf der Hanauer Plutoniumanlage nach China am 10. Dezember 2003 gesagt, dass China „weltpolitisch und strategisch“ ein wichtiger Partner sei, „eines unserer wichtigen Partnerländer“ – in dieser Doppelung! Anschließend hat er uns gescholten, dass wir die Lieferung der Hanauer Anlage nicht einhellig begrüßt haben. Sie haben sich in diesem Zusammenhang nur auf Klimaschutz und Entwicklungspolitik bezogen und bejammert, dass wir diese Technologie nicht transferieren wollen, obwohl sie doch so wichtig sei. Den Aspekt der Proliferation genau dieses Handels haben Sie mit keinem Wort erwähnt. Das nenne ich doppelbödig.

(Dr. Ludger Volmer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Genau!)

Wir schulden es uns – insofern nehme ich auch Ihr Lob an, Herr Hoyer –, dass wir so etwas im Bundestag zwischen den Fraktionen, aber auch im Dialog strittig, öffentlich und kontrovers diskutieren, wenn wir unterschiedliche oder abgestufte Meinungen haben.

(Vorsitz: Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner)

Ich möchte noch etwas zur EU sagen. Auch innerhalb der EU gibt es sehr unterschiedliche Anschauungen über den Umfang und die Empfängerstaaten von Rüstungsexporten. Herr Hoyer, das wissen Sie ganz gut, weil Sie das jahrelang mitgemacht haben. Sie wissen auch, dass dieser Beschluss nur einstimmig aufgehoben werden kann und dass er an die restriktiven Kriterien unserer Rüstungsexportlinien sowie an die Kriterien des **Verhaltenskodex der EU**, bei dem die Menschenrechte und auch die Spannungsgebiete eine große Rolle spielen, gebunden ist.

Es ist richtig, dass wir darüber diskutieren. Umso wichtiger ist es aber, dass wir die Forderungen, die auch in unserem Antrag mit aufgeführt sind, nämlich bürgerliche und politische Rechte gemäß dem UN-Übereinkommen, die Einhaltung der Menschenrechte und die friedliche Lösung der Taiwan-Frage, verfolgen und unterstützen. Auch müssen wir die zivilen Entwicklungen, die es in China erfreulicherweise gibt, unterstützen, wo immer wir das können.

Ich glaube, das wäre eine vernünftige Politik. Ich begreife, dass die Opposition so etwas natürlich aufgreift. Das hätten wir genauso getan. Lassen Sie uns aber lieber rational darüber reden.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(C)

(D)

- (A) **Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:**
 Letzter Redner in dieser Debatte ist der Kollege Dr. Michael Fuchs, CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Dr. Michael Fuchs (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Frau Präsidentin, ich erlaube mir, gleich aus dem noch unkorrigierten Protokoll des Bundespresseamtes von gestern anlässlich der Pressekonferenz von Herrn Anda zu zitieren. Herr Kollege Müller und vor allem Herr Kollege Volmer, als ich mir das gestern ein wenig angeschaut habe, habe ich wirklich nicht mehr verstanden, worüber wir heute diskutieren.

Auf eine Frage von Herrn Middel – wer auch immer das ist –:

(Dr. Werner Hoyer [FDP]: Er schreibt für die „Welt“! Ein guter Mann!)

„Herr Anda, der Bundeskanzler hat in der jüngsten Vergangenheit häufig gesagt, dass er sich für die Aufhebung des Waffenembargos gegen China aussprechen werde. Wie reagiert der Kanzler auf die Entscheidung der Koalitionsfraktionen, das Waffenembargo nicht aufzuheben?“ sagte Staatssekretär Anda: „Sie spielen auf einen Antrag der Bundestagsfraktion an, der einige Kriterien feststellt, was die Aufhebung des Waffenembargos angeht.“

(B) Diese Kriterien werden in die Meinungsfindung einfließen.“ Schön. Aber dann: „Was den Bundeskanzler angeht: Sie haben seine Haltung richtig wiedergegeben. Die Auffassung ist bekannt und er wird sie auch nicht ändern.“

Das heißt also, der Bundeskanzler hat eine völlig andere Auffassung, als Sie, meine Damen und Herren, sie hier gerade darstellen.

(Dr. Werner Hoyer [FDP]: Welch ein Respekt vor dem Parlament!)

Dies sollten wir einmal sagen. Ich finde es eigenartig, dass der Bundeskanzler so wenig Respekt vor seiner eigenen Bundestagsfraktion hat. Oder war das wieder einer der üblichen Schröder-Chinakracher bzw. -Chinaböller? Seine Fraktion distanziert sich öffentlich von ihm. Da sollte dem Bundeskanzler eigentlich eine rote Warnlampe angehen. Anscheinend ist ihm das egal.

Dieses Herumlavieren in der Menschenrechts- und in der Außenwirtschaftspolitik, das wir von Ihnen immer wieder erleben, ist wieder einmal ein Beweis für die große Diskrepanz zwischen Ihrem Anspruch und der Wirklichkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP – Jörg Tauss [SPD]: Schwätzer!)

– Herr Tauss, beweisen Sie mir das Gegenteil! (C)
 Es tut mir Leid, wenn Sie nicht in der Lage sind, dieser Debatte zu folgen. Sie wären besser früher gekommen, dann hätten Sie von Ihren eigenen Kollegen gehört, dass Sie in dieser Frage eindeutig in Distanz zum Bundeskanzler stehen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

China ist selbstverständlich ein großes und dynamisches **Weltwirtschaftszentrum** und wahrscheinlich die dynamischste Volkswirtschaft, die es zurzeit auf der Welt gibt. Es ist klar, dass wir eine Gratwanderung zu machen haben. Es ist ebenso selbstverständlich, dass wir kühl und pragmatisch vorgehen müssen. Bitte verhalten Sie sich aber nicht wieder so, wie wir das von Ihnen gewohnt sind.

Wenn die FDP – dafür ist ihr zu danken – diesen Antrag nicht gestellt hätte, dann hätte diese Debatte nicht stattgefunden; denn damit hatten Sie schon genug Probleme.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Wir finden, dass der FDP-Antrag deutlicher und klarer als Ihrer formuliert ist. Frau Zapf, da können Sie mir erzählen, was Sie wollen. Das erkennt man schon an der Überschrift. Die Überschrift Ihres Antrags lautet: „EU-Waffenembargo gegenüber der Volksrepublik China“. Aufheben oder verstärken? Die Überschrift des FDP-Antrags heißt: „Gegen eine Aufhebung des EU-Waffenembargos gegenüber der Volksrepublik China“. Darin wird sofort eine deutliche Position bezogen, was Sie in Ihrem Antrag von Anfang an vermeiden. (D)

Dass in China nach wie vor erhebliche **Menschenrechtsverletzungen** stattfinden, können Sie nicht beiseite schieben. Niemand, der sich ernsthaft mit diesem Thema beschäftigt, kann das beiseite schieben. Der Kollege Uhl, aber auch der Kollege Rose haben das angesprochen. Die Taiwan-Frage ist alles andere als geklärt, Herr Kollege Volmer. Ich meine, das sollten Sie auch zugeben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Dr. Ludger Volmer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das habe ich doch die ganze Zeit erklärt!)

Erstens. Die SPD und die Grünen setzen meiner Meinung nach völlig falsche Zeichen. Ich halte es für richtig, China unter Druck zu setzen. Zwar ist das Massaker auf dem Tiananmenplatz 1989 gewesen, aber solche Dinge verjähren für mich nicht in 15 Jahren. Eine Aufhebung des Embargos, wie sie der Bundeskanzler bereits vor einem Jahr öffentlich gefordert hat, würde die Menschenrechtsslage in China nicht

- (A) verbessern, sondern eher das Gegenteil bewirken; davon können Sie ausgehen.

Zweitens. Die Bundesregierung betont, bei Aufhebung des EU-Embargos würden Exporte nach **deutschen Richtlinien** weiterhin unmöglich sein. Daher kann ich nun wirklich nicht nachvollziehen, warum sich der Bundeskanzler, der auch die Interessen der deutschen Wirtschaft zu vertreten hat, dafür einsetzt, dass das EU-Embargo aufgehoben wird. Will er nur seinem Freund Chirac helfen, damit die Franzosen mehr nach China exportieren können? Er möchte das EU-Embargo aufheben, aber aus Deutschland darf nach wie vor nichts nach China exportiert werden? Der Bundeswirtschaftsminister muss mir einmal erklären, welche Logik dahinter steckt. Ich habe sie nicht verstanden. Entweder ganz Europa kann nicht exportieren – damit auch wir nicht – oder alle dürfen es, was dann die logische Konsequenz wäre.

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Volmer?

Dr. Michael Fuchs (CDU/CSU):

Das gibt mir mehr Redezeit. Danke.

Dr. Ludger Volmer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

- (B) Herr Kollege, da Sie sich am Beispiel der Taiwan Frage als Sicherheitspolitiker darzustellen versuchen, möchte ich Sie etwas fragen. Sie haben bemängelt, dass die Politik des Bundeskanzlers nicht deutschen, sondern französischen oder Waffenexporten anderer Länder dienen könnte.

Würden Sie bitte Folgendes zur Kenntnis nehmen: Die chinesische Seite – das versicherte der Auswärtige Ausschuss aus China, der letzte Woche hier war – will gar keine Waffen importieren. Falls China Waffen brauche, wolle es diese selber herstellen, sodass es nicht abhängig werde. China komme es auf die politische Geste an, nämlich ob es auf der Embargoliste stehe oder nicht. Es geht also gar nicht um materielle Lieferungen. Von daher kann der Bundeskanzler, bezogen auf diese Frage, keine falsche Politik machen.

Dr. Michael Fuchs (CDU/CSU):

Herr Kollege Volmer, ich halte das, was Sie dem Parlament weiszumachen versuchen, für sehr blauäugig. Wenn wir das EU-Waffenembargo aufheben, bedeutet das in der Konsequenz, dass die Chinesen jederzeit Anträge auf Waffenlieferungen stellen können. Es kann zwar sein, dass sie heute keine Waffen brauchen. Aber es kann morgen jederzeit

passieren, dass sie irgendeine Technologie benötigen. Herr Kollege, so blauäugig sollten wir mit diesem schwierigen und vor allem für die Menschenrechte wichtigen Thema nicht umgehen. (C)

Für mich stehen die Äußerungen des Bundeskanzlers im klaren Widerspruch zu den Äußerungen der Koalition und dem, was wir heute von allen Kollegen gehört haben. Für mich ist es erstaunlich, dass Sie auf einmal ohne große Probleme über diese Dinge hinweggehen können. Ich kann das nicht nachvollziehen. Deswegen halte ich Ihre gesamte Einstellung zu diesem Thema für sehr widersprüchlich. Das gilt gerade für Sie, Herr Kollege Volmer, der Sie nun lange Staatsminister gewesen sind und vorher eine völlig andere Haltung vertreten haben.

Drittens. Es ist wieder einmal erstaunlich, dass der Bundeskanzler das Handeln im Geiste Europas völlig durcheinander wirft.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

In Europa sind weit mehr als die Hälfte der Länder gegen eine Aufhebung des EU-Embargos. Was machen Sie? Sie versuchen, mit Frankreich eine bilaterale Allianz zu bilden, und wollen darüber die gesamte EU in eine Richtung bringen. Das halte ich für falsch. So etwas sollten wir auch nicht tun. In meinen Augen ist das, was hier gelaufen ist, Scharlatanerie. Wir sollten gemeinsam immer im Blick auf die Menschenrechte solche Regelungen nicht dulden. Das Embargo muss bleiben. (D)

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft und Arbeit auf Drucksache 15/4047 zu dem Antrag der Fraktion der FDP mit dem Titel „Gegen eine Aufhebung des EU-Waffenembargos gegenüber der Volksrepublik China“. Der Ausschuss empfiehlt, den Antrag auf Drucksache 15/2169 abzulehnen. Wer stimmt für diese Beschlussempfehlung? – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Die Beschlussempfehlung ist mit den Stimmen der Koalition gegen die Stimmen der CDU/CSU und der FDP angenommen.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktionen der SPD und des Bündnisses 90/Die Grünen auf Drucksache 15/4035 mit dem Titel „EU-Waffenembargo gegenüber der Volksrepublik China“. Wer stimmt für diesen Antrag? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Der Antrag ist mit den Stimmen der Koalition gegen die Stimmen der CDU/CSU bei Enthaltung der FDP angenommen.

(A) ...

|

(C)

(B)

(D)